

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,80 RM. ... Einzelnummern 50 Pfg. ...

Knappschafftsälteste Wahl im Saargebiet

Bei den letzten Knappschafftsältestenwahlen, die im Saargebiet am 10. Januar 1926 stattgefunden haben, trug unser Verband einen glänzenden Sieg davon. ...

Pensionsversicherung.

Nach der neuen Satzung vom 1. Januar 1926 wurde der Steigerungsatz auf 2 Fr. festgelegt. Der Verband hatte sich für einen entscheidenden höheren Steigerungsatz eingesetzt. ...

Dem Antrag des Verbandes in der Vorstandssitzung vom 15. Juli 1926, die Pensionen entsprechend der Beitragserhöhung zu erhöhen, wurde von Arbeitgebersseite nicht stattgegeben. ...

Zwei Millionen Reichsmark sind durch die Vermählungen des Verbandes 1926-27 den Pensionären und Witwen der Saarknappschafft neben ihren sonstigen Bezügen zugeflossen! ...

Seit 1. November 1927 eine weitere Erhöhung der Pensionen

gesteigert worden. Die Auswirkung ist folgende: bei 30 Dienstjahren betrugen die Bezüge für die Invaliden am 1. Dez. 1926: 120,75 Fr., seit 1. Nov. 1927: 298 Fr. ...

Es war außerdem ausschließlich das Vorgehen des Verbandes, das den Anstoß zum Heidelberg-Abkommen gab. Durch dieses Abkommen fließen jährlich etwa 120 Mill. Fr. ins Saargebiet. ...

20prozentige Erhöhung der reichsgesetzlichen Rente

möglich. Wie sich das bei einer Dienstzeit von 30 Jahren auswirkt, ist an folgenden Zahlen ersichtlich:

Table with 3 columns: Invalidenrente, Kindergeld, and amounts in Fr. for different service durations.

Dies ist eine 4fache Erhöhung gegenüber der am 1. Jan. 1926 gewährten Rente, beim Kindergeld sogar eine 2fache. ...

vor dem Zustandekommen der Heidelberger Abrede die monatlichen Pensionszulagen zu erhalten, so schien es fast unglaublich, diese Zulagen in der Heidelberger Abrede verankern zu können. ...

die Pensionäre noch nicht der Not entzogen

sind, so kann man doch diese Tatsache als Teilerfolg bezeichnen. Wir wollen kurz in Zahlen ausdrücken, wie der Erfolg aussieht: Am 1. Januar 1929 zählte die Pensionärliste 21 714 Pensionäre, 5200 Witwen und 5495 Waisen. ...

Table with 2 columns: Pensioner category and monthly/annual amounts.

Zusammen monatlich 198 688 M. oder jährlich 2 384 256 M. oder 14 205 536 Fr.

Dieser namhafte Betrag ist neben der wesentlichen Erhöhung der Invaliden- und Hinterbliebenenrente sowie der Verbesserung der alten Unfallrenten für die Pensionäre und Witwen, die derartige Bezüge nicht haben, herausgeholt worden. ...

Konnten wir nun in dieser Richtung nichts mehr erzielen, so haben wir es anderweitig versucht, etwas herauszuwickeln. So wurde in der Sitzung des Knappschafftsvorstandes vom 16. November 1926 das sogenannte Wartegeld von 30 auf 48 Fr. für den Invaliden, von 15 auf 24 Fr. für die Witwe erhöht. ...

Außerdem haben wir durch unsere Bemühungen bei der Reichsregierung die sogenannten Reichsbeiträge für saarländische Leistungsbezugsberechtigte, die außerhalb des Saargebiets, und für eckhaft-lohningstische Rentenempfänger, die innerhalb des Saargebiets wohnen, etwa 1 700 000 M. oder etwa 10 400 000 Fr. herausgeholt. ...

Krankenversicherung.

Weniger Erfolg hatten wir auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Mehrmals wurde vom Verband der Antrag gestellt, die Leistungen der Krankenkasse zu erhöhen, jedoch immer hat es der Arbeitgeber abgelehnt mit der Begründung, er zahle nicht mehr als das Gesetz vorschreibe und die „Preußen“ früher gezahlt hätten. ...

Wohnungsba- und Darlehnsfragen.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues waren wir ebenfalls tätig. Durch Vergabe von Darlehen in Höhe von 36 Mill. Fr.

haben wir wesentlich zur Binderung der Wohnungsnot beigetragen. Was ebenfalls noch beachtet werden muß, ist, daß wir einer großen Anzahl von Mitgliefern durch Gewährung billiger Gelder zu einem Wohnhaus verholfen. ...

Rückgliederung der Saar und die Knappschafftsliche Versicherung.

Die Saarverhandlungen werden bereits im Gange sein. Neben den wirtschaftlichen, Zoll-, Handels- und arbeitsrechtlichen Problemen sind die sozialpolitischen Fragen die wichtigsten in dem gesamten Fragenkomplex. ...

In der vom Reichstag am 22. Juni 1926 verabschiedeten Novelle zum Reichsknappschafftsgesetz sind zur Berechnung der Pensionen für Dienstzeiten, die vor dem 1. Juli 1926 liegen, Durchschnittslohnklassen für die einzelnen Bezirksknappschafftsstellen festgelegt worden. ...

Der Arbeitnehmer-Beitragsanteil (drei Fünftel) beläuft sich bei der Nachener Knappschafft für die Lohnklasse V auf 4,96 Proz. des Bruttolohnes = 11,02 M. monatlich. ...

Unsere Mitglieder müssen also dafür sorgen, daß bei den kommenden Wahlen der Verband eine unbefristete Mehrheit erreicht. Diese Mehrheit wird und muß der Verband erringen. ...

Millionen Braunkohlengelder für Buttschiffen.

Am 30. Oktober teilte der „Vorwärts“ mit, daß das Ostfälische Braunkohlensyndikat die Deutschnationale Partei, den „Stahlhelm“ und die Nationalsozialisten mit großen Geldsummen unterstützt habe, jährlich mit etwa 300 000 M. Die Deutschnationale Partei habe sich dafür dadurch erkenntlich zeigen müssen, daß sie Herrn v. Gersdorf, Herrn Leopold und Herrn Rademacher an sichereren Stellen ihrer Reichstagswahlliste gesetzt habe. ...

hört der Firma J. C. Gehe an; Kersten ist zweiter Geschäftsführer des Syndikats. Beide haben in der Verwendung des Fonds völlig freie Hand. Sie brauchen den Geldgebern gegenüber keinerlei Rechnung zu legen. Die Zahlungen an die subventionierten Parteien bzw. Persönlichkeiten erfolgen durch den Braunkohlen-Industrieverein. ...

Am 5. November schrieb der „Vorwärts“ u. a.: „Auf unsere Behauptungen über den Restitutionsfonds des Braunkohlensyndikats und dessen Zahlungen an die Deutschnationale Partei, den „Stahlhelm“ und die Nationalsozialisten haben die Geldgeber und Geldnehmer auch bis heute noch nicht reagiert. ...

Wir finden es ebenfalls sehr sonderbar, daß die angegriffenen Personen und Gruppen nicht den Mut zu einer klipp und klaren Widerlegung der Behauptungen des „Vorwärts“ finden. Wenn sie nicht wahr wären, könnte man doch mit guter Aussicht auf Erfolg den „Vorwärts“ verklagen. ...

Eine spätere Mitteilung des „Vorwärts“ lautete: „Auf unsere Feststellungen, daß die Deutschnationale Partei, der „Stahlhelm“ und die Nationalsozialisten seit Jahren von dem Ostfälischen Braunkohlensyndikat ausbezahlt werden, haben bisher weder die Geldgeber noch die Geldnehmer reagiert. ...

Wir stellen deshalb zu der Sache weiter fest: Die Zahlungen an die rechtsradikalistischen Organisationen sind seit dem Jahre 1923 üblich. Insgesamt dürften sie in den letzten Jahren 2 Millionen Mark weit übersteigen. Für die Zahlungen selbst besteht im Braunkohlensyndikat ein Geheimfonds, der sogenannte Restitutionsfonds. Dieser Fonds wird von einem Generaldirektor Gerdorf und einem Obersekretär a. D. Kersten verwaltet. Gerdorf ge-



- Die Schneeberger Lungenkrankheit ist nach der Verordnung nur dann anzeige- und entschädigungspflichtig, wenn der Erkrankte längere Zeit in Betrieben des Erzbergbaues im Gebiete von Schneeberg tätig war.
- Bei Silikose-Erkrankungen entfällt die Meldepflicht nach dem amtlichen Vordruck bis Ende 1928, da es mindestens fünf Jahre dauert, bis eine schwere Silikose entsteht und alle bis dahin auftretenden Erkrankungen Rückwirkungsfälle sind. Die Kranken sind an die Berufsgenossenschaft zu verweisen.
- Silikose-Verdächtige, die zurzeit in ärztlicher Behandlung, aber noch nicht arbeitsunfähig sind, bitten wir uns ohne Wissen des Patienten namhaft zu machen.
- Gewöhnliche Staublungen, die durch Arbeit in der Stein- oder Braunkohle entstanden sind, fallen nicht unter die nach der Verordnung zu entschädigenden Berufskrankheiten. Wenn solche Kranke trotz Belagerung Ansprüche erheben wollen, so bitten wir, sie ebenfalls an die Berufsgenossenschaft zu verweisen... (Unterdruckt.)

Was sich mit diesem Rundschreiben die sächsische Knappschafts-Berufsgenossenschaft zum Schaden der dahinscheidenden Bergarbeiter leistet, übertrifft alles bisher Dagewesene. Dem Kumpel, der durch jahrelange Gesteinsarbeit, ohne sich schützen zu können, von der schweren Gesteinstaublungenenerkrankung befallen wird und langsam arbeitsunfähig dahinsiecht oder durch vorzeitigen Tod durch diese Krankheit seine Familie in bitterer Not zurücklassen muß, will man auch noch um den Versuch der wohlverdienten Unfallrente bringen. Aber nicht genug! Die Ärzte versucht man durch dieses Rundschreiben zu bestimmen, bei diesem unfauberen Vorhaben Weisheit zu leisten.

Was bedeuten die in dem Rundschreiben am Schlusse zusammengefaßten Richtlinien?

Zu 1: Die Ärzte werden veranlaßt, alle Fälle von Berufskrankheit, die vor dem 1. Januar 1929 erfolgt waren, dem Versicherungsamt nicht anzuzeigen, weil es fünf Jahre dauern soll, ehe eine schwere Silikose entsteht.

Im amtlichen Vordruck zur Anzeige einer Berufskrankheit an das Versicherungsamt, das vom Arzt auszufüllen ist, heißt es in der Vormerkung wörtlich: „Durch Verordnung vom 11. Februar 1929 sind die in der folgenden Liste (siehe oben) aufgeführten Krankheiten als Berufskrankheiten im Sinne der Unfallversicherung bezeichnet worden. Nach § 7 der Verordnung hat ein

Arzt, der bei einem Beschäftigten eine Berufskrankheit oder Krankheitserkrankungen feststellt, die den begründeten Verdacht einer Berufskrankheit rechtfertigen, diese Feststellung dem Versicherungsamt unverzüglich anzuzeigen.“

Diese Verordnung an die Bergschicht bedeutet nichts anderes, als daß man die Zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten fünf Jahre lang außer Wirksamkeit setzen will, umschadet damit, daß es ärzte-wissenschaftlich festgestellt ist, daß die Silikoseerkrankung bereits nach zweijähriger Tätigkeit in quarzstaubgeschwängelter Luft eintreten kann.

Zu 5: Man veranlaßt die Ärzte, alle Silikose-Verdächtigen, die sich zurzeit in ärztlicher Behandlung befinden, aber noch nicht arbeitsunfähig sind, ohne Wissen des Patienten der Berufsgenossenschaft namhaft zu machen.

Was bedeutet denn diese Namhaftmachung der noch nicht arbeitsunfähigen Kranken? Doch nichts anderes, als daß man diesen Kranken Linderung würde und durch Mitleidenschaft an sämtliche knappschaftlichen Betriebe dieser arme Kumpel auf keinem Wege wieder eingestellt würde. Man will sich auf diese raffinierte Art und Weise bei bereits Silikose-Verdächtigen entziehen, um so der Entschädigungspflicht entzogen zu sein. Wir nehmen nicht an, daß die Ärzteschaft sich zu solch verwerflicher Handlungsweise wird mißbrauchen lassen. Sollte es dennoch eintreten, dann würde es einen schweren Vertrauensbruch darstellen. Jeder Erkrankte wendet sich vertrauensvoll an einen Arzt, um von ihm Hilfe zu erwarten. Und dieses Vertrauen soll der Arzt, wenn es sich um eine Gesteinstaublungenenerkrankung handelt, mißbrauchen, damit der unheilbare Kranke auch noch der Arbeitslosigkeit ausgesetzt werden kann?

Wir fordern alle organisierten Bergarbeiter auf, veranlaßt durch dieses frivole Vorgehen der sächsischen Knappschafts-Berufsgenossenschaft, die Augen offenzubehalten und alle bekanntwerdenden Fälle ihrer zuständigen Vorstandsleitung zu melden, damit die Sache untersucht und für Abhilfe gesorgt werden kann. Deffentlich fragen wir hier an:

Was sagt die Aufsichtsbehörde zu dem Rundschreiben der sächsischen Knappschafts-Berufsgenossenschaft Sektion VII? Was sagt insbesondere der Reichsarbeitsminister dazu, zumal da sich sämtliche Berufsgenossenschaften dieses Rundschreibens zu eigen gemacht haben als Richtlinien für ihre Einstellung zu der neuen Regelung?

# Arbeitsphysiologie.

Am 22. und 23. Oktober wurden in Dortmund und Münster zwei Institute eingeweiht, die auch für die Arbeiterschaft ein großes Interesse haben. Im Anschluß an die Universität Münster sollen diese Institute arbeiten, das Dortmunder in enger Gemeinschaft mit der Industrie und den aus ihrer Entwicklung sich ergebenden Fragen, das in Münster mehr auf dem Gebiet des Sports und des Unterrichts.

Im Gegensatz zu früher, wo man bei solchen Gelegenheiten Arbeitervertreter benachteiligt suchte, waren bei diesen Eröffnungen auch Vertreter der Gewerkschaften zahlreich anwesend. Auf die vielen Reden, u. a. von Sebring, Dr. Meier für den DGB, brauchen wir an dieser Stelle nicht einzugehen. Das Institutsgelände in Dortmund liegt neben der Westfalenhalle. Es ist ein großer luftiger Bau mit vielen großen und schönen Räumen für Werkstätten, Laboratorien und Experimentierfälle.

Das Institut steht unter der Leitung des bekannten Arbeitsphysiologen Prof. Dr. Ullmer. Der Zweck des Instituts wird am besten durch einige allgemeine Ausführungen über Arbeitsphysiologie erläutert. Physiologie im allgemeinen ist die Lehre vom Leben oder dem Komplex von Erscheinungen, die den Organismen eigentümlich sind. So unterscheidet man Pflanzen- und Tierphysiologie. Die Arbeitsphysiologie beschäftigt sich in der Hauptsache mit dem Studium der Einwirkung körperlicher Arbeit auf den arbeitenden Menschen.

Am wenigsten Kraft verbraucht der Mensch in der Ruhe, während des Schlafes. Schon Stehen und Gehen strengt an, bedingt größeren Kräfteverbrauch und damit Ersatz des Verbrauchten durch Ruhe und Nahrung. Sehr viel größer ist der Kräfteverbrauch bei den verschiedensten Arten menschlicher Arbeit. Schon längst hat die Wissenschaft erkannt, wie wichtig eine Erforschung dieses Gebietes ist. Methodisch kam aber in diese Untersuchungen erst im Verlauf der neueren industriellen Entwicklung. Taylor hatte in Amerika schon vor dem Krieg ein System sogenannter wissenschaftlicher Betriebsführung aufgestellt, das sich aber im wesentlichen nur zur Aufgabe stellte, durch Vereinfachung der Arbeitsmethoden die Leistung des Arbeiters zu erhöhen. Er kam dabei zu ganz überraschenden Steigerungen der Arbeitsleistung, weil er ganz einseitig vorging, ohne jede Rücksicht darauf, wie sich seine Methode auf den Körper und die Gesundheit des Arbeitenden auswirkte. So war die Abwehr der Arbeiterschaft, als man diesen Taylorismus nach Europa zu verpflanzen versuchte, eine Selbstverständlichkeit.

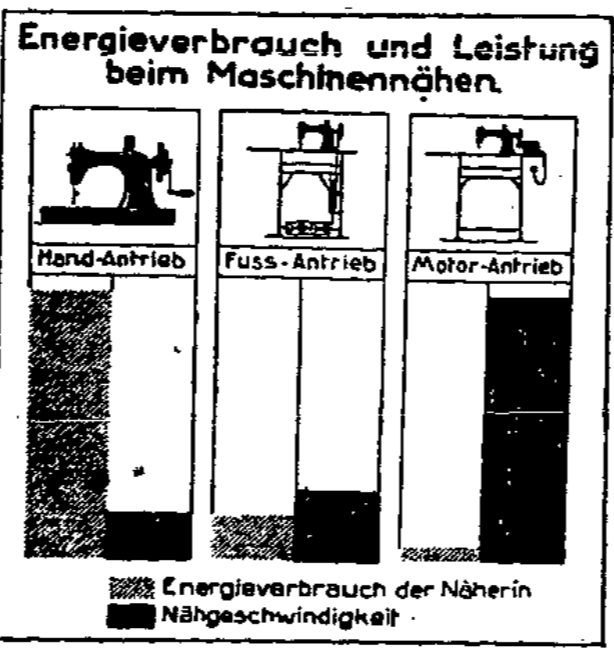
Daß eine zweckmäßige Organisation der Arbeitsvorgänge das Arbeitsergebnis steigert, ist allbekannt. Durch Zurufe, gemeinsamen Gesang usw. erreichte man schon in alter Zeit ein gleichmäßiges Zusammen-, Schieben, Heben bei Bewältigung schwerer Lasten. In der modernen Zeit mußte man diesem Problem der Kräftezusammenfassung, der Arbeitsvereinfachung, der Erreichung größter Leistungen durch zweckmäßige Arbeitsorganisation selbstverständlich mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Taylor ging bei seinem System von der Auffassung aus, daß bei allen Arbeitsvorgängen nichts nach Ueberforderung, nach alter Gewohnheit geschehen dürfe, sondern alle Formen, Methoden, Bedingungen der Arbeit, der Kontrolle, der gesamten Betriebsführung sollten untersucht werden, damit alles vorausgesehen und danach alles zweckmäßig eingerichtet werden könne. Welche „Erfolge“ Taylor mit seinem System erreichte, mögen einige Beispiele zeigen: Ein Arbeiter verlor täglich 12% Lo. Eisenbarren in Eisenbahnwaggons. Nach Anwendung der Taylormethode verlor er 47 Lo., also bald viermal soviel. 35 Mädchen verrichteten bei der Sortierung von Äpfeln für Angelpöcker nach der Taylormethode dieselbe Arbeit, wofür früher 120 Mädchen gebraucht wurden. Bei Errichtung von Ziegelmaschinen wurden früher 120 Ziegelsteine in einer Stunde verlegt, nach der Taylormethode 350.

Das ganze System richtete sich in hohem Grade gegen die Arbeiter, denen Taylor „vorzügliche Schlafheit“ bei der Arbeit vorwarf, und gegen die Gewerkschaften, denen er vorwarf, daß sie durch ihre Methoden den Arbeiter geradezu abhängen, diese vorzügliche Schlafheit auszubilden. Es liegt auf der Hand, daß in dieser Frage nicht nur die Arbeit selbst, sondern vor allem die Arbeitsbedingungen eine Rolle spielen. Die Wahrheit des Wortes: „Allorarbeit ist Mordarbeit“ hat die Arbeiterschaft unter ungünstigen Verhältnissen und Arbeitsbedingungen millionenfach an sich erfahren. Je mehr durch Allorarbeit geleistet wurde, desto niedriger wurde der Lohn und, eine Grenze gegen Ueberforderung, Körperkräfte

und geistige Zerrüttung durch solche Mordarbeit gab es nicht, bis die Gewerkschaften eingriffen.

Mit dem Steigensatz der Maschine wurde diese Gefahr für die Arbeiter noch größer. Das Werkzeug, die Maschine sind gewissermaßen die verlängerte Hand des arbeitenden Menschen. Wenn man den Arbeiter in das Tempo der Maschine zwingt, ohne daß man genügende Ruhepausen und genügenden Ersatz der Kräfte vorzieht, so muß das Maschinenzeitalter notwendigerweise eine Hölle für den arbeitenden Menschen werden. Mit Recht kamte Dr. Wagnier in seinen amerikanischen Studien schreiben: „Das Nervensystem des Arbeiters wird schneller aufgebraucht als der Stahl, aus dem seine Maschine gemacht ist.“

Wenn der Unternehmer für eine Arbeitskolonne als Vorarbeiter einen ungewöhnlich kräftigen, fixen Arbeiter auswählt und durch ihn die Kolonne antreiben läßt, so wird sicherlich der Arbeitserfolg gesteigert, aber ohne Rücksicht darauf, daß andere schwächlichere Arbeiter die Leistung des starken dauernd nicht erreichen können und ihre Gesundheit schwer schädigen. Vielfach kann eine Verschiedenheit der Leistung bei denselben Werkzeugen, Maschinen und Arbeitsbedingungen beobachtet werden, aber sie sind rein physiologisch zu erklären, ohne daß man „vorzügliche Schlafheit“ der Arbeiter annehmen darf. Ganz besonders deutlich tritt das in Erscheinung bei der Verschiedenheit der Arbeitsintensität je nach Tageszeit und Wochentagen. Verkürzung der Arbeitszeit steigert die Produktivität, aber auch sie vermag keine Wunder zu vollbringen. Als im Zeitwert die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden verkürzt wurde, stieg zunächst die Arbeitsleistung außerordentlich, weil die Arbeiter alles daran setzten, in 8 Stunden dieselbe Leistung zu erreichen wie in 9 Stunden. Nach einigen Wochen waren sie aber gearbeitet und dann blieb das Arbeitsergebnis gleichmäßig um etwa 33 Prozent höher als unter dem Neunstundentag.



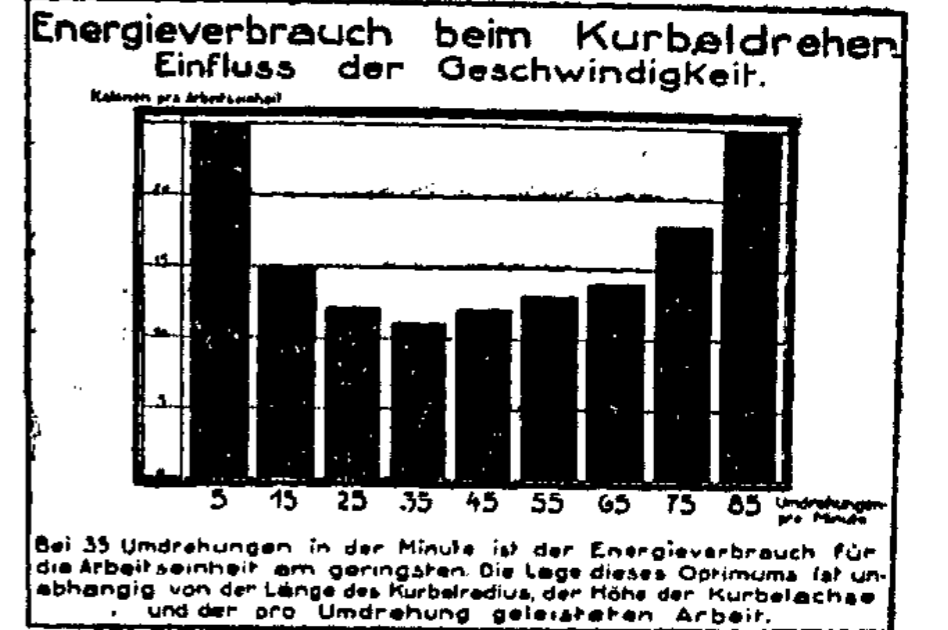
Zu der „vorzüglichen Schlafheit“ gab ein Ausweis, der von der englischen Regierung zur Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in den englischen Munitionsfabriken eingesetzt wurde, bemerkenswerte Erklärungen ab. Er stellte fest, daß im letzten Jahrzehnt sich ganz allgemein gezeigt habe, daß die Unternehmer, mehr aus Ueberlieferung als aus Erfahrung, sich gegen die Forderung der Physiologie vergangen hätten und vermeintlicher Vorteile willen. Das habe die Arbeiter vielfach daran gewöhnt, unter ihrer normalen Leistungsfähigkeit zu arbeiten. Das sei aber ganz automatisch gekommen als eine bestimmte Form des physiologischen Selbstschutzes. Bei ungünstigen Arbeitsbedingungen und übermäßiger Arbeitszeit müsse man sogar erwarten, daß eine gewisse absichtliche Flaubeit der Arbeiter auf die Dauer in Wirklichkeit eine Erhöhung der Produktivität bewirken könne, weil sie die erschöpfende Uebermüdung verhindere.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter sich wehren, wenn man ihnen Bewegungsstudien, Zeitstudien, Studien mit der Stoppuhr vorgekommen werden, solange diese Studien in echt Taylorischer Methode und Absicht vorgenommen werden. Taylor beherrschte in einer wissenschaftlichen Betriebsführung die Unternehmer darin: „Man muß diese Studien nur an einem erst-

mit der größten Geschwindigkeit arbeitet.“ Der Kapitalkörper Gann dieses Systems war, mit der Stoppuhr bei geschickten Arbeitern eine Leistungsnorm festzustellen, die dann als Grundlage für den Arbeitslohn aller Arbeiter genommen wurde. Gegen diese noch nicht ausgearbeitete Methode muß sich jeder selbstverständlich der Arbeitnehmer aufs äußerste zur Wehr setzen, wenn er nicht körperlich verenden will.

Man kann auch als Arbeitnehmer nicht allgemein die Rationalisierung verbannen, weil sie sich bei sehr vornehmlich zugunsten der Unternehmer auswirkt. An dem technischen Fortschritt, der Verbesserung der Betriebe, der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Wirtschaft hat auch der Arbeitnehmer ein Interesse. Er muß aber durch die Kraft seiner gewerkschaftlichen Organisation und durch erhöhte Beeinflussung der Gesetzgebung dafür sorgen, daß die Rationalisierung sich wesentlich im Sinne der Arbeitserleichterung und besserer Arbeitsbedingungen auswirkt.

Die Arbeitsphysiologie stellt sich als Hauptaufgabe: Rationalisierung körperlicher Arbeit, Erforschung der Ermüdung, Feststellung der körperlichen Arbeitsleistung.



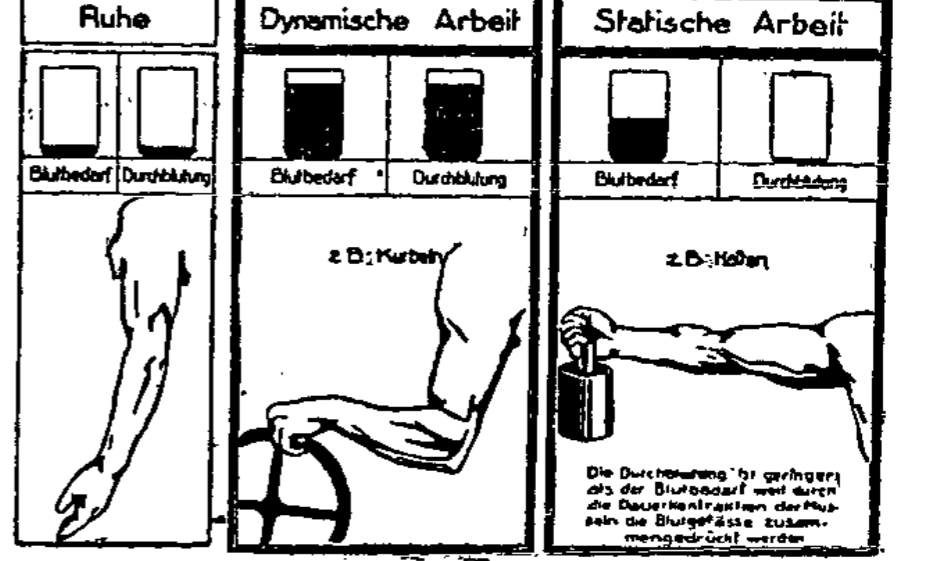
Mit der Entwicklung und den Methoden der modernen Arbeitsphysiologie sind die Arbeitnehmer vielleicht nicht hundertprozentig überfordert, aber sie sind so bedeutsam und notwendig, daß die kritische Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet selbstverständlich erscheint. Das Interesse der Gewerkschaften an diesen Fragen drückt sich denn auch aus in der Beteiligung an Instituten wie dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie. Wie das Institut seine Aufgaben aufstellt, sei durch Wiedergabe einiger Stellen aus einer Broschüre des Instituts erläutert:

Nicht jede Mehrleistung, nicht jede Erhöhung der Produktion bedeutet Rationalisierung. Wird die Mehrleistung durch erhöhten Einsatz an Arbeitskraft, durch hohe Erhöhung der Arbeitsschwindigkeit oder durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erzielt, so handelt es sich um eine Zuteufelung der Arbeit, welche die Gefahr einer Ausbeutung des Arbeiters mit sich bringt. Wird dagegen die Anstrengung für eine Arbeit vermindert oder auch bei gleichbleibendem Energieverbrauch der Effekt einer Arbeit erhöht, so sprechen wir von einer Rationalisierung der Arbeit.

Die Rationalisierung körperlicher Arbeit ist bisher das besterforschte Arbeitsgebiet der Arbeitsphysiologie. Können wir doch den Energieaufwand für eine Arbeit mit dem Respirationsapparat genau messen und so diejenige Arbeitsanordnung ausfindig machen, die ein Minimum an Energieverbrauch und damit ein Optimum für den Arbeiter bedeutet.

Eine große Zahl von Momenten wirken zusammen, die den Energieverbrauch für eine Arbeit bestimmen: Es ist von großer Wichtigkeit, daß unnötige Mißbewegung von Körperteilen (Körperflaute) vermieden wird, es müssen Last und eingesetzte Muskelmasse im richtigen Verhältnis zueinander stehen, es muß eine lebendige Energie der bewegten Körperteile ausgenutzt werden usw. Von großer Bedeutung ist eine optimale Arbeitsgeschwindigkeit.

Statische Arbeit muß vermieden werden, weil sie stark ermüdend ist. Ursache der Ermüdung ist ungenügende Durchblutung.



Jede Uebermüdung des Arbeiters schädigt dessen Gesundheit, erhöht die Betriebsunfälle und vermindert die Qualität der Produktion. Die Ermüdung muß daher objektiv erkannt und vermieden werden. Stark ermüdende Arbeitsformen müssen ausgeschaltet oder durch weniger ermüdende ersetzt werden. Die Ermüdung ist eine komplizierte Erscheinung, deren Wesen noch nicht in jeder Beziehung geklärt ist, die daher auch noch nicht exakt zahlenmäßig gemessen werden kann.

Bei jeder Arbeit werden die Muskeln nicht nur dadurch angestrengt, daß sie Bewegungen ausführen, sondern vor allem durch die Leistung von Saltarbeit. Diese Saltarbeit (statische Arbeit), die teils am eigenen Körper, teils am Werkzeug oder am Werkstück ausgeführt wird, ermüdet stark.

Die Feststellung der körperlichen Arbeitsleistung ist von hoher Bedeutung für die gesamte Wirtschaft. Untersuchungen auf diesem Gebiet sind deshalb auch eine wesentliche Aufgabe eines arbeitsphysiologischen Instituts. Erst mit Hilfe solcher Untersuchungen kann der richtige Mann an den rechten Platz gestellt werden. Die bisherigen Untersuchungen haben schon gute Erfolge gezeigt und praktische Brauchbarkeit erwiesen, z. B. bei der Eignungsprüfung der Straßenbahnführer usw. Diese Untersuchungen sind auch berufen, im Rahmen des Berufsschulwesens eine große Rolle zu spielen.

In ganzen genommen brauchen wir heute den wissenschaftlichen Methoden auf diesem Gebiet und ihrer praktischen Erprobung nicht mehr das unüberwindliche Mißtrauen entgegenzubringen, wie es gegenüber dem englischen Taylorismus selbstverständlich war. Kritisch werden wir die Entwicklung der Dinge verfolgen müssen, aber in diesem kritischen Sinn können und wollen wir getraut werden!

# Wirtschaftsrechnungen.

# Verbandssäuberung in Rußland.

Wirtschaftsrechnungen, d. h. der zahlenmäßige Nachweis darüber, wie sich Einkommen und Ausgaben für die Lebenshaltung in verschiedenen Kreisen und bei verschiedenen Einkommensstufen verhalten, sind von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Verschiedenheiten zeigen, welche Entwicklung wünschenswert ist und gefördert werden muß. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitnehmererschaft dahin streben muß, das Einkommen zu vergrößern, um mehr ausgeben zu können für das, was außerhalb des nackten Lebensunterhalts liegt. Das würde auch einen Anreiz für die gesamte Produktion bedeuten, wenn z. B. für Wohnung, Kleidung und Kulturbedarf mehr ausgegeben und damit die dafür in Frage kommenden Industrien belebt werden könnten.

Das Reich hat Untersuchungen dieser Art vor dem Kriege (1907) durchgeführt, nach dem Kriege zum erstenmal wieder für die Zeit von März 1927 bis Februar 1928. Die Ergebnisse dieser Statistik werden im Heft 20 von „Wirtschaft und Statistik“ dargestellt. Die Erhebungen erstreckten sich auf 2036 Haushaltungen, die während des ganzen Jahres das vorgeschriebene Haushaltsbuch führten. Es waren 964 Arbeiterfamilien, 559 Angestelltenfamilien und 509 Beamtenfamilien sowie 4 sonstige Haushaltungen. Die Aufarbeitung der Ergebnisse erfolgte nicht nur nach Haushaltungen, sondern zu einem wesentlichen Teile auch nach Verbrauchseinheiten (Vollperson), um Unregelmäßigkeiten auszuspalten, welche die unterschiedliche Kopfzahl und die verschiedene Alters- und Geschlechtszusammensetzung der Haushaltungen mit sich bringen. Auf die Einzelheiten der angewandten Methoden hier einzugehen, ist nicht notwendig. Sie erscheinen einwandfrei, im übrigen wird es sich bei solchen Untersuchungen immer nur um Durchschnittsdaten handeln, mit denen man sich abfinden muß.

Die untersuchten Arbeiterhaushaltungen zählten im Durchschnitt aus 4,2 Köpfen zusammen, neben dem Ehegatten und der Ehefrau 1,8 Kinder und 0,4 sonstige Haushaltsmitglieder. Es handelte sich um 896 Haushaltungen, in 56 weiteren Haushaltungen traten durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik, Kausperrung usw. größere Einnahmearausfälle ein, so daß sie besonders behandelt werden mußten. Von den 896 Familien lebten 771 in 41 Großstädten, 120 in 16 Mittelstädten und 5 in einer kleinen Stadt. Die Mehrzahl der Haushaltsvorstände war gewerkschaftlich organisiert. — Bei den

## Einnahmen

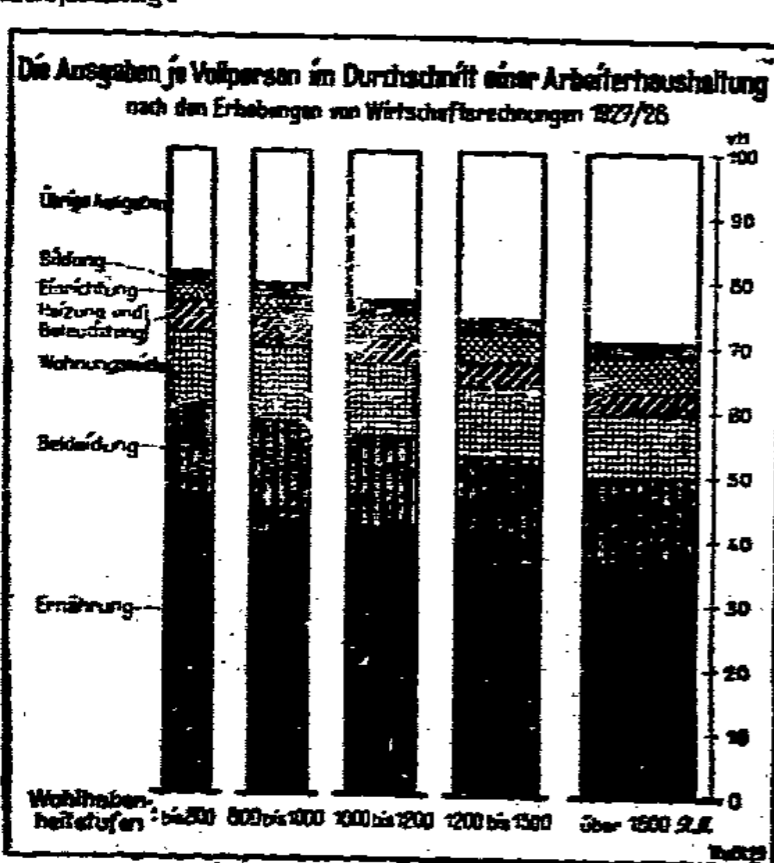
zeigt sich folgendes:

Das Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes macht bei einem Einkommen unter 2500 Mark 89,1 Prozent des Gesamteinkommens aus, es sinkt in den höheren Einkommensstufen und macht bei Einkommen über 4300 M. nur noch 67,7 Prozent des Gesamteinkommens aus. Das ist zurückzuführen auf Mitarbeit der Ehefrau und der erwachsenen Kinder. In 411 Haushaltungen oder 45,9 Prozent sämtlicher Haushaltungen verdiente die Ehefrau mit, wenn zum Teil auch nur durch stunden- oder tageweisen Nebenverdienst. In der untersten Einkommensstufe waren es nur 34,9 Prozent der Frauen, welche mitarbeiteten, was meist auf das Vorhandensein kleinerer Kinder zurückzuführen sein dürfte. In diesen Fällen betrug das Einkommen der Frau durchschnittlich 112 M. im Jahr, während es in der höchsten Einkommensstufe 585 M. betrug. Mit wachsender Kopfzahl stieg das Arbeitseinkommen anderer Familienmitglieder, erwachsener Kinder. In der obersten Einkommensstufe betrug in den erfaßten 65 Fällen dieses Durchschnittseinkommen 1155 M. Andere Einkommen (Geschenke, Unterstützungen, Reineinnahme aus Untervermietungen und eigener Bewirtschaftung) machten 6,8 bis 8,7 Prozent des Gesamteinkommens aus. Gartenbewirtschaftung, Geflügelhaltung und Kleintierzucht hatten geldlich keine besondere Bedeutung. 192 Haushaltungen bezeichneten daraus einen Nebenverdienst von durchschnittlich 56 M., 61 Haushaltungen einen Verlust von durchschnittlich 20 M., obwohl die Arbeit nicht mitgerechnet ist. Diese Zahlen erscheinen sehr niedrig. Wenn bei Bewirtschaftung eines auch nur kleinen Gartens alle diesem Garten entnommenen Produkte mit dem Marktpreis eingeseht würden, dürften sich wohl größere Summen ergeben. Durch Flüssigmachen von Kapital (zurückgehaltene Darlehen, abgehobene Spargelder) wurden im Durchschnitt 1 Prozent der Einnahmen erzielt. Schuldenaufnahme ergab 0,8 bis 1,1 Prozent der Einnahmen.

Was bei diesen Nachweisen besonders auffällt, ist die erhebliche Mitarbeit der Frauen. Fast in der Hälfte aller Familien mußte die Frau in irgendeiner Weise mitverdienen; in den höheren Stufen war das Einkommen aus dieser Arbeit mit 585 M. sehr erheblich. — Von den

## Ausgaben

der einzelnen Haushaltungen gibt unser Schaubild eine anschauliche Darstellung:



(Aus „Wirtschaft und Statistik“, Heft 20, 1929.)

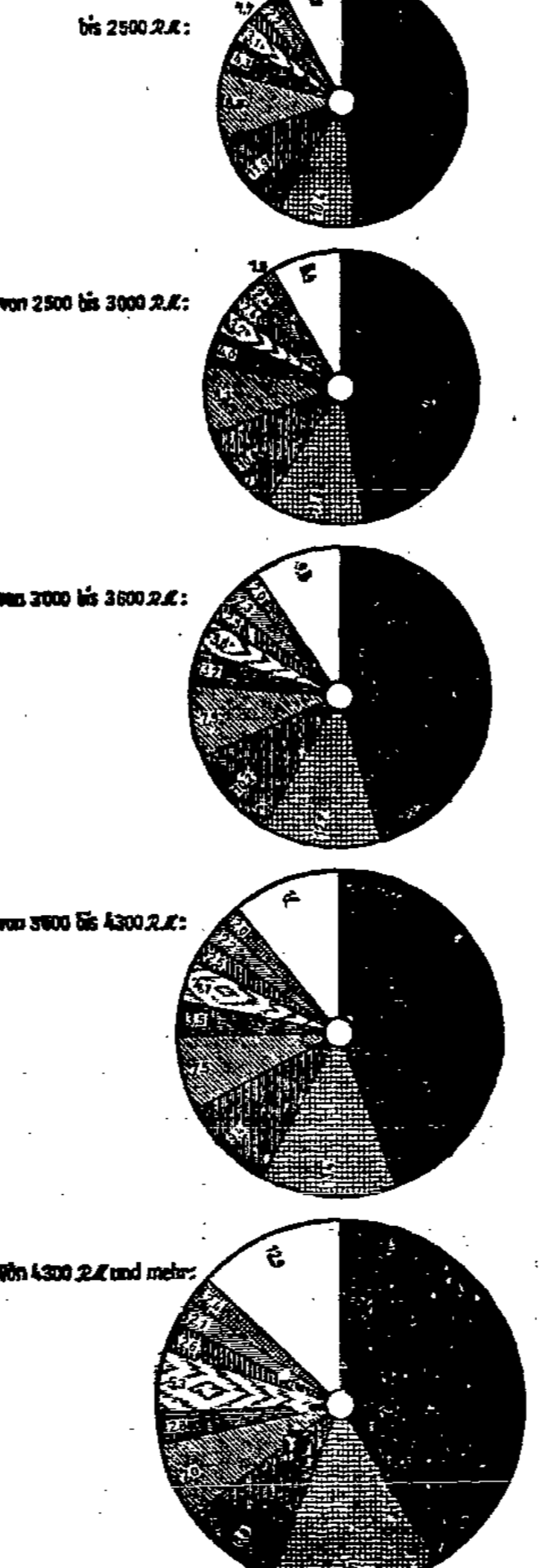
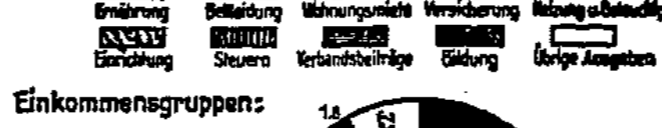
Es betragen danach in den verschiedenen Einkommensstufen die Ausgaben für:

Ernährung	47,9—41,5 %
Bekleidung	10,4—14,6 %
Wohnungsmiete	11,9—9,8 %
Versicherung	8,8—7,0 %
Heizung, Beleuchtung	4,3—2,8 %
Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung	3,7—5,3 %
Steuern	1,7—2,6 %
Verbandsbeiträge	2,1—2,4 %
Bildung	1,8—2,4 %
Sonstige Ausgaben	7,9—12,9 %

Das ist im ganzen ein betrübendes Bild, wenn man sieht, wieviel die notwendigsten Lebensbedürfnisse verschlingen und wie wenig übrig bleibt für das, was das Leben eines Kulturmenschen erst lebenswert macht.

Wie die Nachweisungen zeigen, vergrößern sich die Ausgaben für Ernährung mit steigendem Einkommen erheblich in absoluten Zahlen, sie sinken aber im Vergleich zum Gesamteinkommen. In der untersten Stufe übersteigen die Ausgaben für Wohnungsmiete die Ausgaben für Bekleidung und Wärme; in den vier oberen Stufen ist es umgekehrt, in der obersten Stufe betragen sie das Dreifache von den betreffenden Ausgaben in der untersten Stufe.

Die Ausgaben im Durchschnitt einer Arbeiterhaushaltung nach den Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen 1927/28



(Aus „Wirtschaft und Statistik“, Heft 20, 1929.)

Die Berechnungen über die Ausgaben je Vollperson zeigen dieselben Linien wie die Ausgaben nach den Haushaltungen. Auf Nahrungsmittel entfallen 46,4 Prozent in der untersten, 36,9 Prozent in der obersten Stufe. Auf sonstige Lebensbedürfnisse entfallen 52,2 Prozent in der untersten, 59,1 Prozent in der obersten Stufe. Auch die übrigen Gruppen zeigen dieselbe Verschiebung von unten nach oben wie bei den Haushaltsausgaben. Vergleicht man die Ergebnisse der Untersuchung mit denen aus der Vorkriegszeit, so ergibt sich ein Sinken der Ausgaben für Wohnung und Ernährung, ein Steigen für Bekleidung und sonstige Bedürfnisse. Der Index müßte auf Grund dieser Erhebungen geändert werden.

Im ganzen zeigen die Nachweisungen, daß allgemein sehr wenig für Kulturbedürfnisse ausgegeben werden kann. Bei den untersten Stufen geht das meiste für die nackte Ernährung drauf. In mehr es gelingt, Einkommenserhöhung durch die Gewerkschaften durchzusetzen, um so mehr werden die Arbeiter in der Lage sein, für den nackten Lebensunterhalt verschlingend weniger und für Kulturbedürfnisse mehr ausgeben zu können!

Wenn sich in einer sowjetrussischen Gewerkschaft „ideologischer Unrat“ angeammelt hat, dann wird sie „gereinigt“. Die Säuberung wird von Personen vorgenommen, die auf der sogenannten Lenin-Linie wandeln, alle Bindungen dieser Linie genau kennen und somit berechtigt sind, alle, die über die kleinste Unreinheit stolpern, in die Verbanntung zu stürzen. Wie auch sie drankommen.

Jetzt ist wieder einmal der Buchdruckerverband an der Reihe. Er ist die Gewerkschaft, die öfter als alle andern „gereinigt“ wird, weil darin immer wieder Elemente auftauchen, die von Stalin gezeichneten Lenin-Linie nicht zu folgen vermögen. Der Moskauer Bezirksleiter des Verbandes wurde vorgeworfen, er habe die General-Linie der kommunistischen Partei verlassen und die Beschlüsse des achten Gewerkschaftskongresses nicht befolgt, indem sie abweichenden Meinungen nicht nachdrücklich entgegentrat, dem Opportunismus (d. h. der Beurteilung einer Sache nach dem Grade ihrer Nützlichkeit) Vorschub leistete und nicht verstanden habe, die Masse der Mitglieder für die durch Kriegsgefahr bedrohte Landesverteidigung und für den sozialistischen Wettbewerb zwecks Steigerung und Verbesserung der Produktion zu begeistern. Weiter habe die Bezirksleitung den Fragen der Betriebskostenverminderung, der ununterbrochenen Arbeitsnachschub und der Kräftigung der Arbeitsdisziplin zu wenig Bedeutung geschenkt. Dem Hauptvorstand dagegen wurde vorgeworfen, daß er die Moskauer Bezirksleitung auf besagte General-Linie ungenügend geführt habe.

Die Angeklagten mußten sich nun vor einer außerordentlichen Generalsammlung des Moskauer Verbandsbezirks verantworten. Als Richter erschienen 235 Delegierte. Der Verbandsvorsitzende Borschewski zeichnete den Tatbestand wie folgt: „Auf der Tagesordnung stehen grundlegende politische und wirtschaftliche Aufgaben, die den Aufbau der gesamten Volkswirtschaft zum Ziele haben. Dieser Aufbau soll insbesondere unsere Industrie auf den höchsten technischen Stand erheben, um in der nächsten Zeit die führenden kapitalistischen Länder einzuholen und zu übertraffen. Die Grundlage dieses Bestrebens auch für die graphische Industrie ist der Fünfjahresplan. Seine Durchführung erfordert von den Mitgliedern unseres Verbandes die breiteste Mitarbeit. Leider hat man auch innerhalb unseres Verbandes die Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs nicht genügend erkannt. Deshalb müssen wir alle Kräfte anspannen, um die Mitglieder für den Wettbewerb zu interessieren. Zugabe muß werden, daß im Bereiche unserer Moskauer Bezirksleitung das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter teilweise unterbunden war, daß die Mitglieder nicht genügend angehalten wurden zum Kampfe gegen betriebliche Niederlichkeit, Opportunismus und kleinbürgerliche Bestrebungen. Nachlässig war unser Verband auch im Kampfe gegen jüdenfeindliche Auswüchse und in der Verbreiterung der Arbeiterkritik in politischer Beziehung. Wir dürfen auch nicht die Mängel verschweigen, die während unserer Tarifbewegung in Erscheinung getreten sind. Insbesondere verstand es unser Verband nicht, die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf die politische Bedeutung der Tarifbewegung zu lenken, infolgedessen sowjetfeindliche Strömungen innerhalb der einzelnen Arbeitergruppen zutage getreten sind. Ueber die Wichtigkeit der Tarifbewegung wurden auch nach ihrem Abschluß die Mitglieder zu wenig aufgeklärt. Auf die technische Vereinheitlichung, auf den schließlich jede ergiebige Leistung beruht, wurde die Mitgliedschaft ebenfalls ungenügend vorbereitet. Der Uebergang zur siebenstündigen Arbeitszeit hatte zahlreiche Uebelstände im Gefolge. Die Mitglieder waren nicht vorgeschult, der Uebergang hatte ein zu trübes Tempo. Insbesondere ergaben sich Mängel auf dem Gebiete der betrieblichen Einparung. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Betriebskommissionen und Konferenzen außerordentlich unwirksam gearbeitet haben. Die Beteiligung war minimal, eine Kontrolle, eine Rechnungslegung gab es fast gar nicht.“

Danach läßt sich beurteilen, wie stark die Schraube der Rationalisierung schon angezogen ist und wie intensiv das Arbeitstempo angetrieben wird. Aus der Arbeitskraft soll das Letzte herausgeholt werden, damit ja nur die Ziffern des Fünfjahresplanes erreicht werden. Diesem Zwecke dient auch die ununterbrochene Arbeitswoche.

In der Ursprache stellten sich die Delegierten insofern auf die General-Linie, als sie wie die Raben auf die Angeklagten losstürzten und ihnen einen ganz langen Sündenittel vorhielten. Diesen Schluß läßt wenigstens der Bericht über die Generalsammlung im Verbandsorgan zu. Die wirklichen Aufgaben einer Gewerkschaft kamen hierbei weniger in Betracht, als vielmehr solche, die auf ganz anderen Gebieten liegen. Da wurden die Angeklagten auch dafür verantwortlich gemacht, daß der Klassenkampf auf dem Lande zu lau geführt werde, daß sich das graphische Gewerbe an der jetzt aufgeregten Industrieanleihe ungenügend beteilige, daß die nachhinkenden Betriebe nicht schärfer kontrolliert werden, daß keine Erfolge der Arbeiterkritik zu verzeichnen seien, daß die Direktoren der Partei eine nur teilweise Erfüllung gefunden hätten und diejenigen des Verbandsvorstandes den nachgeordneten Instanzen verpölet zugestimmt worden seien. Im Kampf gegen die „Kulaki“ (Großbauern) hätten sich die Angeklagten ebenfalls ungenügend beteiligt, die Kriegsgefahr nicht genügend schwarz gemalt und mit der Mitgliedschaft, die sie auch in politischer Schulung vernachlässigt hätten, zu wenig Kontakt gehabt. Man sieht, was nicht alles von einem Verbandsvorstand oder einer Bezirksleitung in Sowjetrußland verlangt wird. Wenn die Arbeitererschaft die General-Linie nicht begreift, weil sie vielleicht zu trümm ist, taugen eben die Führer nichts. In dieser Hinsicht sind die des Buchdruckerverbandes seit jeher verdächtig.

Das Ergebnis der „Reinigung“ war, daß die am meisten belasteten Mitglieder der Verbandsleitung Borschewski, Ulagan, Solowjow und Gendelman „liquidiert“ und durch stärkere Männer ersetzt wurden. Außerdem wurde die Moskauer Bezirksleitung fast restlos aufgelöst. Sie alle können sich damit trösten, daß sogar ein so vielseitig begabter Gewerkschaftsführer, wie es Komissar als Vorsitzender des Gewerkschaftsrates war, von der General-Linie heruntergerückt ist.

Eine weitere Säuberung fand in der Krim statt. Die Krim-Bezirksleitung hatte sich eine äußerst niedrige Geschäftsführung zuschreiben lassen. Außerdem Unterschlagung der Bezirksleiter Michailow 1828 Rubel Verbandsgelder. Er wurde sofort ins Gefängnis, während die sonstige Verwaltung sofort entlassen wurde. Da das Strafgesetz für Unterschlagung öffentlicher Gelder strenge Strafe androht, wird auch Michailow einer solchen nicht entgehen. Gleiche Vergehen sind der Bezirksleitung für Dagestan und für Alt-Orda (Mittelasien) nachgewiesen. Dort wurde ebenfalls streng durchgegriffen.

In diesen Erscheinungen bemerkt das Verbandsorgan: „Die letzten Unterlagen ergeben, daß die Zahl der Unterschlagungsfälle keineswegs zurückgeht. So wurden in einer verhältnismäßig kurzen Zeit (April bis Juni 1929) zwanzig Fälle aufgedeckt. Hierbei sind insgesamt 9041 Rubel unterschlagen worden. Ein solches Uebel wie die Unterschlagungen, das die Autorität des Verbandes untergründet, muß mit den schärfsten Mitteln ausgerottet werden. Aber auch die Mitglieder selbst haben nach dem Rechten zu sehen, indem sie von ihren Funktionären eine regelmäßige Abrechnung verlangen. In jedem Falle der Unterschlagung wird nicht nur der Schuldige, sondern auch jedes Mitglied der Bezirksleitung und der Revisionskommission zur Verantwortung gezogen.“ V. K.



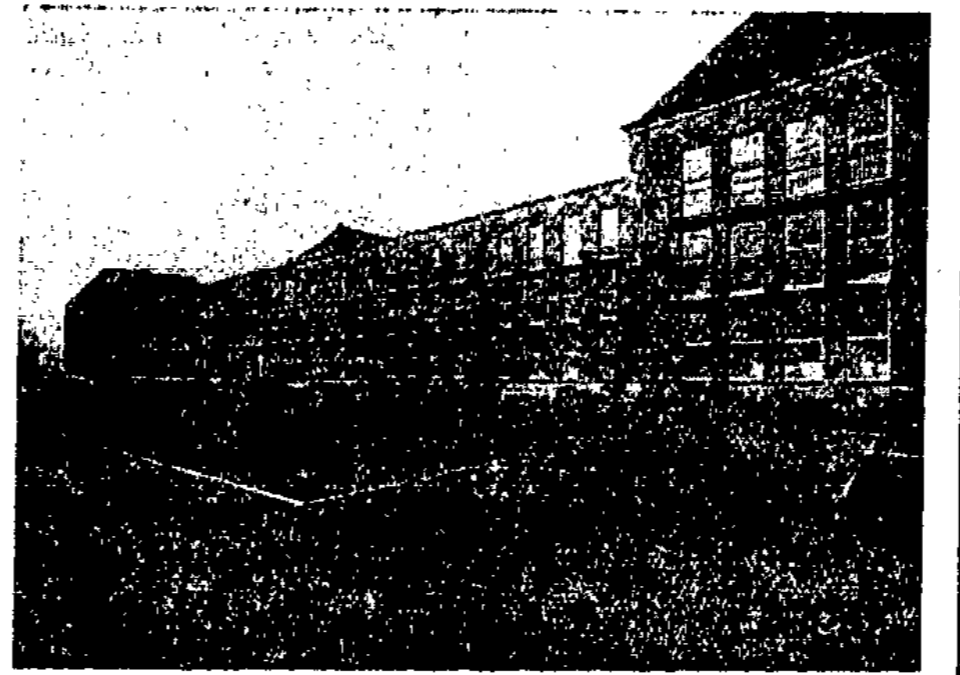
Bergmannsheil II in Gelsenkirchen-Buer.

Ende vorigen Monats hat die Sektion II der Knappschafts-bergsgenossenschaft in Gelsenkirchen-Buer ein neues Kranken-

haben. Sie lassen Licht und Luft in ausreichender Fülle herein. Die Auslichtung aus den Krankenzimmern ist schön. Selbst vom Bett

Das neue Krankenhaus, das zu den modernsten Kranken-

Die Ausstattung des Krankenhauses mit Operationsälen, Durchleuchtungs- und Röntgenapparaten und allen sonstigen



Bei der Ausführung des Baues konnte der für das neue Krankenhaus bestellte Oberarzt von Anfang an mitwirken. Demgegenüber

Alles in allem bedeutet Bergmannsheil II ein Werk, mit dem sich die Sektion II der Knappschaftsbergsgenossenschaft sehen lassen kann.

Bei der Ausführung des Baues konnte der für das neue Krankenhaus bestellte Oberarzt von Anfang an mitwirken. Demgegenüber

WIRTSCHAFT

Polnische Kohle für Deutschland.

Seit 1926 befindet sich Deutschland mit Polen im Handelskrieg. Ein Handelsvertrag konnte nicht zustande kommen, weil eine Einigung über die gegenseitigen Zugehörnisse nicht möglich war.

Seit Jahr und Tag hat sich unser Verband bemüht, die Zulieferung eines Kohlenkontingents von 300 000 bis 400 000 T. zu verhindern. Es bedurfte dazu nicht der Mahnung des Bergarbeiters,

Wie die Entscheidung über Kohlen und Schweine, auf deren Ausfuhr Polen Wert legt, ausfallen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Einige andere Fragen, über die seit acht Jahren

Schlieflich erstreckt sich das deutsch-polnische Abkommen noch auf eine Anzahl von materiellen Forderungen, die beide Länder gegeneinander geltend machen.

größerer Opfer gebracht worden sind, läßt sich noch nicht übersehen, da die Einzelheiten des Abkommens noch nicht bekannt geworden sind.

So sehr man aber solche Fortschritte zu begrüßen sind und so wenig man verlangen kann, daß die Interessen eines Bergarbeiters allein bei internationalen Verträgen maßgebend sein sollen,

Eisen- und Stahlwerk Hoestz. Gutes Geschäft, aber die alten Klagen.

Diese in Interessengemeinschaft mit Köln-Neuessen stehende Gesellschaft legt ihren Jahresbericht vor. In der Hauptsache wird wieder über die Lohnpolitik geklagt:

Die zunehmende Arbeitslosigkeit, die steigende Zahl der Konturde und Betriebswechselungen sollten auch die Gewerkschaften zu der Einsicht bringen, daß eine Wirtschaftspolitik, die die geschichtlichen Lehren der Privatwirtschaft außer acht läßt,

Die Aufnahmefähigkeit des Inlandes für die Eisenerzeugnisse wurde, wie der Bericht ausführt, durch die fortschreitende Geldknappheit stark beeinträchtigt. Handel und Verbrauch deckten nur den notwendigen Bedarf ein. Die Verkaufserlöse waren etwas besser als im Vorjahr.

Bei den Vorkämmern Zechen stellte sich die Kohlenförderung auf 1,48 (1,46) Mill. T., die Roheisenerzeugung auf 766 492 (830 508) T., die Roheisenenerzeugung auf 45 546 (45 250) T. Bei der Zeche Fürst Leopold in Hesse-Dorsten stieg die Förderung von 574 268 T. auf 603 695 T.

Die Hüttenwerke hatten, vor allem infolge der Ausförrung im November 1928, eine geringere Erzeugung: die der Hoesch-Anlage ging von 752 044 auf 670 623 T. und die der Stahlwerke von 971 869 auf 890 642 T. zurück.

In Betrieb genommen wurden eine Gasreinigung für Hochofengas, ein Stahlerzeuger von 600 000 T. Inhalt, eine Verladestrecke für Stab- und Formeisen. Die übrigen Neubauten

gehen bei Vollenbung entgegen und werden noch vor Ablauf d. Kalenderjahres in Betrieb genommen. Mit den Bilanzmäßigen Nachweisen, der Gewinn- und Verlustrechnung ist wenig anzufangen. Es gibt wenig Geschäftsfälle die so unübersichtlich berichten wie Hoestz.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind 2,5 Mill. niedriger, 53,66 Mill. M. statt 57,11 im Vorjahr! Auf den Kosten der Belegschaften sollen (einschließlich aller Angestellten und Beamten) 2766 M. Lohn und Gehalt gegen 2696 M. im Vorjahr entfallen.

Table with financial data for Bergwerke, Hüttenwerke, Beteiligungen, etc., including columns for revenue, expenses, and profit.

Das Neubauprogramm gilt nahezu als abgeschlossen. In Ausführung dieses Programms haben die Anlagewerte einen Zugang von 21,92 (17,89) Mill. M. zu verzeichnen, und zwar entfallen hiervon 2,71 (2,51) Mill. M. auf Bergwerke und 18,6 (15,32) Mill. M. auf Hüttenwerke.

Köln-Neuessen: mehr Gewinn, weniger Arbeiter.

Der Köln-Neuessener Bergwerksverein erhöht seine Dividende für das verfloffene Jahr um 1/2 Prozent auf 7 1/2 Prozent. Die Kohlenförderung stieg von 1796 T. arbeitsmäßig im September 1928 auf 8542 T. im Juni 1929.

Im Kol's wurden erzeugt 671 720 T. gegen 573 992 im Vorjahr; Teer 28 720 T. gegen 28 265 im Vorjahr; Reinsand 6209 gegen 4967 T. im Vorjahr; Reinsandstein 251 gegen 2012 T. im Vorjahr.

Table with financial data for Köln-Neuessen, including revenue, expenses, and profit.

Die Bilanz zeigt folgende glänzende Entwicklung (in Millionen Mark): Bergwerksanlag. Aktienessen 40,500 38,720 32,917 33,364 33,998 Bergwerksanlag. Eri 1-3 26,939 26,905 26,853 27,330 27,658 Beteiligungen 19,475 19,137 9,351 9,592 8,110

Französische Zindepferren.

Die Zindepferren in Frankreich zeigen nominell ganz andere Zahlen als in anderen Ländern, was mit der Stabilisierung des Franc auf ungefähr 16 statt 85 Pf. zusammenhängt. Der Kleinhandelsindex steht für ganz Frankreich auf 526 gegen 537 im Durchschnitt 1928.

46 Woche vom 10. bis 16. November Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Lohnverhandlungen in Mitteldeutschland.

Wie wir soeben erfahren, ist als Termin für den Beginn der Lohnverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau der 15. November festgesetzt worden.

Ein Taschenlexikon liefern wir jedem Mitglied,

das bei seiner Ortsverwaltung einen Bergmanns-Taschenkalender für 1930 bestellt. Der Taschenkalender selbst stellt nämlich ein solches Lexikon dar, worin der Inhaber über alle interessierende Fragen aus dem gesamten sozialen Lebensgebiet sofort Auskunft findet.

Der diesjährige Kalender enthält 25 solcher graphischen Darstellungen aus den verschiedensten Gebieten. Außerdem neben dem Kalendarium ein vollständiges Adressenmaterial aus der gesamten Arbeiterbewegung, Postgebühren, Maß-, Münz- und Gewichtstabellen aus allen Ländern, sowie eine Reihe wertvoller Notizen und kleine Abhandlungen nach dem aus früheren Jahrgängen bekannten System.

In Anbetracht der Tatsache, daß heute jeder Arbeiter unbedingt ein Notizbuch haben muß, erachten wir es als selbstverständlich, daß sich unsere Mitglieder zu diesem Zweck unseren Taschenkalender bestellen werden.

Gar nicht zu wissen ist dieser Kalender für sämtliche Funktionenäre. Man kann heute ohne solches Notizbuch (Terminalkalender) gar nicht mehr auskommen. Oft ist man für fünf oder zehn Termine im voraus schon festgelegt für Sitzungen, Versammlungen, Konferenzen, Gerichtsverhandlungen, aber auch für private Angelegenheiten.

Unerlaubte gewerkschaftliche Werbemethoden.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ geht, wie in der vorletzten Nummer unseres Organs schon berichtet wurde, auch dazu über, den Gewerkschaftsfunktionären Vorschriften über ihre Werbemethoden zu machen.

Wir sind allerdings der Auffassung, daß die Bergwerksbesitzer uns durch ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber soviel Stoff für die Werbearbeit geben, daß alle sonstigen Maßnahmen überflüssig werden. Wie sieht es beispielsweise auf der Grube aus, deren Vertreter sich über den Gewerkschaftssekretär Koch in jener Nummer der „D. Bergw.-Ztg.“ beklagt?

Urtand und Soziallohn gibt es überhaupt nicht. Das Gehälte müssen die Leute selbst bezahlen. Ein Betriebsrat besteht nicht. Alle Strafen — und deren gibt es nicht wenige und geringe — werden von der Grubenverwaltung einseitig verhängt.

Als ihm dann wegen all dieser Dinge etwas auf die Finger geklopft werden sollte, kündigt er schnell der ganzen Belegschaft. Aber, oh Wunder! — da hatte sich wieder dieser Verband der Bergbauindustriearbeiter dahintergestellt und machte dieses Wort zur Richtschnur.

Anton Jarolim 60 Jahre alt.

Am 30. Oktober vollendete Kamerad Jarolim, der Führer der böhmischen Bergleute, sein 60. Lebensjahr. Als Bergmannssohn geboren, verlor er schon 2 1/2-jährig seinen Vater.

Im Jahre 1889 kam ihm zum erstenmal eine Nummer des bürgerlichen „Sozialdemokrat“ in die Finger. Mit Leib und Seele ergab er sich der neuen Bewegung und als 1891 in seinem Atelier der erste Fachverband für Bergarbeiter gegründet wurde, gehörte Jarolim zum Vorstand.

Unter Verband übermittelte ihm zu seinem 60. Geburtstag einen herzlichen Glückwunsch. Wir schließen uns dem an in der Hoffnung, daß Jarolim noch manches Jahr in der Bewegung wirken möge.

Gesucht wird ein Bergmann Franz Hesse, der im Kriege beim 202. Regiment, 9. Kompanie, diente. Er kann sich bei unserem Verlag melden.

Sindenburg I. Im November muß eine Kranzpendemarke geklebt werden.

Schluß des redaktionellen Teils.

Die renommierte Firma Theodor Müller-Hübner, Laufzettel (Zürich, Wald), bietet laut Inserat im heutigen Blatte wieder ihren Prachtatlas 1929 für handverlesenes schönes Glas-Christbaumjuchend an.

Glas-Christbaumjuchend ist die schönste Zierde für den Weihnachtsbaum. Derselben besteht man am besten von der Fabrik in seiner geschmackvollen Ausstattung zu den billigsten Tagespreisen und hohen Rabattpreisen.

Neue Choraufnahmen des Deutsch. Arbeiter-Sängerbundes nur auf Homocord-Electro Schallplatten. Leadval-Chor, Dirig. G. O. Schumann. Berliner Volkschor, Dirig. Dr. E. Zander.

Einmaliges Sonderangebot. Direkt ab Fabrik. Nur in Qualitätsware. Fröhliche Weihnachten erweckt in jeder Familie ein Weihnachtsbaum, geschmückt mit meinem weltbekanntesten, selbstleuchtenden Glas-Christbaumschmuck.

Der große Sprechapparat 44x44x33 cm, modernster Ausführung, in Eiche, geschwelter Haube, versenktem Werkboden, extra weicher, 15 cm Resonanztonfänger, davor größte Klangwirkung.

Räse Reispessfütter füttert wie Milch. Weidlich billig! Spielwaren. Feinstes Pflaumenmus.

Seit 75 Jahren. Geld-Lotterie. 50 000, 20 000, 15 000, 5 000. Hauptgewinne: 1. 40 000, 2. 10 000, 3. 5 000.

Saubstücken. Mutterstadt 26. Preiswert! Bremer Kaufstube.

Herrn Anzug und Mantelstoffe. Billige Preise — Große Zahlungserleichterung.

Preiswert! Bremer Kaufstube. 50 bis 100, 100 bis 200, 200 bis 300.

Wenn Schmerzen. Toga Tabletten. Toga-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz.

Monig's. Durch Kontrolle eines vererb. Schatzes ist die Hälfte meines Vermögens gesichert.

Thüringer Pflaumenmus. garantiert reine, judengetestete, gesunde Qual.

Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr. Guts Taschenrechner nur Mk. 2.90.

Ab Fabrik bzw. L.u. Musikinstrumenten-Versandgeschäft. Musikinstrumente la. Qualität 5 J. Garantie.

Böhmische Bettfedern. Ueber 1 Million zufriedener Kunden.

Handwagen. stabiler Holzbau aus prima Eichenholz.

Festgemauert in der Erden. Steht die Form aus Lehm gebrannt — Schön! Doch soll der Kuchen werden, nehme man „Backin“ zur Hand!

billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute, gefüllene Bettfedern 80 Pfg.

Rheumatismus Wenn Sie daran leiden, lesen Sie mein freies Angebot! Sie sind im Zweifel, Sie sind skeptisch.

Keine Medizin, keine Drogen! Olivers Pflaster verrichtet sein Werk, indem es die Funktionen der Natur vervollständigt.

R. A. Oliver 221 New Court Farringdon Street, LONDON (England).

